



## **Michael Frieser**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Demografiebeauftragter der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Innen- und rechtspolitischer Sprecher  
der CSU-Landesgruppe

Michael Frieser, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Herrn  
Wolfgang Nick  
Friedensmuseum Nürnberg e.V.

Berlin, 20.09.2017

**Michael Frieser, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-71931  
Fax: +49 30 227-76931  
michael.frieser@bundestag.de

**Wahlkreisbüro:**

Jakobstr. 46  
90402 Nürnberg  
Telefon: +49 911-24154432  
Fax: +49 911-2369051  
michael.frieser@wk.bundestag.de

Sehr geehrter Herr Nick,

vielen Dank für Ihre Nachricht zum Thema Atomwaffen und Rüstungsexporte. Gerne lege ich Ihnen im Folgenden meine Positionen dazu dar.

### **1. Ächtung Atomwaffen**

Die dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts zeigten, dass Appeasement und einseitige Abrüstung nicht dazu führen, den Frieden auf Dauer zu sichern. Das Ende des Kalten Krieges zeigte hingegen, dass der duale Ansatz der NATO, Abschreckung mit Dialogbereitschaft zu verbinden, zu Abrüstung und einem neuen, konfliktlösungsorientierten Denken in der Außenpolitik führt - wenn auch zuweilen erst längerfristig. Wir werden uns im Dialog mit Russland dafür einsetzen, sowohl die konventionelle als auch die nichtkonventionelle Rüstungskontrolle wieder zu beleben. In deren Rahmen würde auch über den Abbau von Nuklearwaffen in ganz Europa einschließlich Deutschlands gesprochen werden.

Wir teilen die Vision einer Welt frei von Nuklearwaffen. Als wichtige Zwischenschritte brauchen wir die Bereitschaft aller Besitzer von Nuklearwaffen, sich an Rüstungskontroll- und Abrüstungsgesprächen zu beteiligen und nachweislich umzusetzen. Weiterhin erforderlich ist der schrittweise Aufbau einer weltweit verbindlichen und durchsetzungsstarken Friedens- und Sicherheitsordnung.

### **2. Abzug Atomwaffen**

Unsere Außenpolitik dient dem Frieden und der Freiheit in der Welt. Dazu passen keine deutschen Sonderwege, die uns isolieren würden. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren es CDU und CSU, die eine enge Bindung zu den westlichen Demokratien durchgesetzt haben. Wir engagieren uns in internationalen Organisationen und unseren Bündnissen. Wir



sind bereit, dort oder auch in anderen bilateralen und multilateralen Formaten mit unseren Partnern Führungsverantwortung zu übernehmen.

### **3. Rüstungsexportverbot**

Deutschland arbeitet eng mit seinen Partnern – etwa in der NATO und der EU – in Sicherheitspartnerschaften zusammen. Sie beruhen auf Gegenseitigkeit. Das bedeutet auch, dass man sich gegenseitig Verteidigungstechnologien – also auch verschiedene Waffen – nutzbar macht. Es gibt auch Kooperationen, die über den Bereich der NATO oder der EU hinausgehen. Die Lieferung von Waffen an die Peschmerga half und hilft im Kampf gegen den IS und konnte vielen Jesiden und anderen Menschen das Leben retten. Es ergibt ebenfalls Sinn, Sicherheitskräfte, die in Afghanistan oder Mali von der Bundeswehr im Kampf gegen den Terror ausgebildet werden, auch mit deutschen Waffen auszustatten. Gerade für solche Drittstaaten gelten strengste Waffenexportregeln.

Für den Bereich der Kleinwaffen sind die Exportregeln zuletzt im Sommer 2015 durch entsprechende Grundsätze der Bundesregierung bereits weiter verschärft worden. Diese Grundsätze beinhalten weitergehende grundsätzliche Exportverbote und umfangreiche Dokumentationspflichten etwa über den Verbleib der Waffen bei Ausnahmen vom Exportverbot. Um die Weiterverbreitung von Kleinwaffen auf globaler Ebene zu bekämpfen, setzen wir nicht auf ein generelles Exportverbot, sondern auf unsere Partner und Regionalorganisationen: Wir wollen ihre Kapazitäten stärken, Waffen und Waffenlager besser zu sichern, illegale Waffenströme zu verfolgen und zu unterbinden und illegale Waffenbestände zu vernichten.

Deutschland hat bereits heute ein sehr restriktives Rüstungsexportkontrollrecht. Daher besteht keine Notwendigkeit für ein nationales Rüstungsexportgesetz. Sinnvoll ist vielmehr eine Angleichung der Rüstungsexportrichtlinien innerhalb der EU, denn wir brauchen hier mehr Europa und weniger nationale Alleingänge.

Ich hoffe, dass die von mir aufgeführten Argumente auch für Sie nachvollziehbar sind.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Frieser MdB